



Pressemitteilung

Wenn jemand eine Psychotherapie braucht und keine Hilfe findet

Die Bundesregierung sieht keinen Handlungsbedarf bei der Regelung der Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung und riskiert damit eine Unterversorgung bei der psychotherapeutischen Versorgung der Bevölkerung. Die PsyFaKo und das PTW Forum Berlin organisieren deshalb erneut eine Demo, um auf die Misere aufmerksam zu machen. Ein breites Bündnis, dem auch der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) angehört, demonstriert am 16. Oktober vor dem Deutschen Bundestag für die längst überfällige gesetzliche Regelung.

Berlin, 15.10.2024: Unter dem Motto „Weiterbildung finanzieren jetzt!“ versammeln sich morgen Psychotherapeut*innen, Psychotherapie-Studierende sowie Vertreter*innen aus Kammern, Verbänden, Ausbildungsstätten und weiteren Interessengruppen vor dem Bundestag in Berlin und fordern, für die 2019 reformierte und inzwischen in Kraft getretene Psychotherapieweiterbildung endlich auch die überfällige gesetzliche Regelung für die Finanzierung zu liefern. Und damit sicherzustellen, dass mittelfristig die psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung gesichert ist.

Auf der Kundgebung appellieren Vertreter*innen der Psychologie Fachschaften-Konferenz und der Interessenvertretung der Psychotherapeut*innen in Weiterbildung in Richtung Politik, endlich zu handeln. Weitere Reden werden von der Präsidentin der Bundespsychotherapeutenkammer, Dr. Andrea Benecke, der Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Prof. Dr. Eva-Lotta Brakemeier, sowie von Ariadne Sartorius vom Bundesvorstand des Bundesverbandes der Vertragspsychotherapeuten sowie E-lodie Singer, Sprecherin der Bundeskonferenz der Psychotherapeuten in Ausbildung erwartet. Ebenfalls zugesagt haben die Bundestagesabgeordneten Dirk Heidenblut (SPD), Katrin Vogler (Die Linke) und Alexander Föhr (CDU).

Die Wartezeiten für Menschen, die eine psychotherapeutische Behandlung brauchen, liegen jetzt schon bei mehreren Wochen bis zu Monaten. Wird die Finanzierung des Nachwuchses nicht zeitnah geregelt, wird sich die Situation weiter verschärfen. „Ohne Finanzierung der Weiterbildung zum/zur Fachpsychotherapeut*in wird es keinen psychotherapeutischen Nachwuchs mehr geben. Und das in Zeiten der Krisen, wo der Bedarf an Psychotherapie so hoch ist wie nie und praktizierende Kolleg*innen zunehmend älter werden“, warnt Dr. Johanna Thünker, stellv. Vorsitzende der Fachsektion Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (VPP) im BDP.

Nach einer Anhörung im Petitionsausschuss im Juli 2023 hatte der Bundestag mit höchstmöglichem Votum die Bundesregierung dazu aufgefordert, sich um das Problem zu kümmern. Mit vielen Aktionen hatte das Bündnis immer wieder auf die Misere aufmerksam gemacht.

Im Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) wird zwar die Notwendigkeit einer Finanzierung anerkannt, eine Regelung gibt es aber nicht. Damit greift der Gesetzesentwurf deutlich zu kurz. Das Bundesgesundheitsministerium stellt sich aber weiter taub. Das GVSG befindet sich im parlamentarischen Prozess und wird in Kürze in die Anhörung in den Gesundheitsausschuss gehen. Nun bündeln die Akteure des Bündnisses erneut ihre Stimmen, um laut und deutlich eine gesetzliche Regelung für die Finanzierung zu fordern. Es kann nicht sein, dass Psychotherapeut*innen in Ausbildung oder Menschen, die psychotherapeutische Hilfe benötigen, einfach im Regen stehen gelassen werden.

Ihre Ansprechpartnerin:

Bettina Genée

Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Fon: +49176 58868222

Mail: presse@bdp-verband.de